

# Der Bund

## Gedgenössisches Zentralblatt und Berner Zeitung

Abonnementspreise: Bern-Stadt: halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 5.75. Schweiz: halbjährlich Fr. 13.50, vierteljährlich Fr. 6.80; bei der Post bestellt je 20 Rappen mehr; für Zustellung unter Einzelschiffen vierteljährlich 50 Rappen mehr. - Abrechnungen 40 Rappen. - **Fotokonumente** für das Ausland sind am Wohnort des Bestellers aufzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu erfragen. Postkonumente haben Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen usw.

Ar. 133

Abonnementspreise für alle übrigen Staaten des Postvereins: halbjährlich Fr. 30. - , vierteljährlich Fr. 15. - , monatlich Fr. 6. - bei täglicher direkter Kreuzbank-Zustellung. Man abonniert direkt bei der Expedition: "Der Bund", Einleitung des Betrages durch Postanweisung. - **Inserationspreis** für die Schweiz 50 Rappen die einseitige Nonpareilzeile oder deren Raum; für das Ausland 75 Rappen. **Reklamepreis** Fr. 2.50 die Rotoneizeile. Annoncenregie: Publicitas A.-G., Schweiz, Annoncen-Expedition in Bern und deren Filialen im In- und Auslande.

### Die vorarlbergische Frage

Wir dürfen nun als feststehende Tatsache annehmen, daß der weit überwiegende Teil der Bevölkerung Vorarlbergs für den Anschluß an die Schweiz ist. Das ist in der Landesversammlung selber ausgesprochen worden und wird auch von denen anerkannt, die gegen den Anschluß auftreten; so auch von jenem Vorarlberger, der, wie unsere Leser wissen, die Schweiz vor den Fehlern des eigenen Volkes warnte, um damit die Gegenliebe zu dämpfen.

Seit der „Bund“ die Welschen zur Ansichtäußerung ermunterte, sind aus der Westschweiz verschiedene Stimmen laut geworden. Eine entscheidende Stellungnahme für oder gegen den Anschluß beziehen die wenigsten. Der Wunsch, gemeinsam mit den Deutschschweizern die Frage zu lösen, kommt mehrfach zum Ausdruck; ein Blatt schreibt, unsere Anfrage zeige, daß man in Bern die Welschen nicht als minorité négligeable behandle.

Wie im deutschsprachigen Landesteil sind auch in der welschen Schweiz die Meinungen geteilt, und in gleicher Weise herrscht noch der Wunsch nach ruhiger Prüfung vor. Die „Revue“, z. B. hat sich einstweilen gegen die Aufnahme eines Kantons Vorarlberg ausgesprochen, im „Journal de Genève“ nimmt P. Seippel eine abwartende Haltung ein, ähnliche Äußerungen liest man in jurassischen Blättern. Dagegen ist einer der führenden politischen Publizisten der Westschweiz, Dr. William Martin, in seinen öffentlichen Vorträgen über die Schweiz und den Friedenskongreß entschieden für die Möglichkeit einer territorialen Erweiterung der Schweiz eingetreten.

Daß die Umklammerung der Schweiz durch den gesamtdeutschen Koloss von Basel bis zur Südoßede die schwersten politischen und wirtschaftlichen Bedenken wachrufen müßte, wird in der Schweiz wohl niemand bestreiten. Der Anschluß Savoyens an Frankreich war gewiß auch nicht dazu angetan, unsere Stellung im Westen zu stärken, obgleich damit nicht so schwere Nachteile verbunden waren, wie sie zu befürchten sind, wenn ganz Deutschösterreich an Deutschland fällt. Der Trost, den uns die „Innsbrucker Nachrichten“ vom 15. März spenden wollen, daß in Deutschland „in den nächsten Jahren, ja Jahrzehnten“ niemand einfallen werde, von einer gewaltigen Eingliederung der Schweiz in den großdeutschen Staat zu sprechen — dieser Trost genügt nicht. Es kommt nicht nur die gewaltsame Eingliederung, es kommt auch die wirtschaftliche Ueberwältigung mit ihren politischen Folgen in Betracht, und zudem darf man sich nicht mit der Aussicht auf die „nächsten Jahre, ja Jahrzehnte“ begnügen, sondern muß auf die Entwicklung blicken, wie sie sich aus einmal geschaffenen territorialen Machtverhältnissen natürlicherweise ergeben kann. Und da schafft das Verschwinden der österreichischen Großmacht an unserer Grenze ein ungenügendes und doch wohlthätiges Gegengewicht weg; tritt Großdeutschland an die Stelle, so liegen wir wirklich allzu sehr in seinen Armen. Das ist nicht, wie die „Innsbrucker Nachrichten“ meinen, eine „Verdächtigung gegen Deutschland“ oder gegen irgend jemand, sondern einfach eine Feststellung, die sich aus der politischen und wirtschaftlichen Einrahmung der Schweiz ergibt. Bleibende Tatsachen sind stärker als vorübergehende Meinungen.

Damit ist freilich vom schweizerischen Standpunkt aus über die Wünschbarkeit des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz noch nichts Entscheidendes gesagt. Dieser Anschluß würde auch nicht verhindern, daß sich Großitalien und Großdeutschland auf dem Brenner die Hand reichen. Die Aufnahme eines Kantons Vorarlberg würde aber einem ausgesprochenen Volkswunsche des Vorarlbergs und damit der Selbstbestimmung entsprechen und könnte die erwähnten Nachteile wenigstens um etwas verringern, würde auch der Schweiz eine Gebirgsgrenze gegen Großdeutschland verschaffen. Daß übrigens auch in Tirol selbst unter den Deutschfreiheitlichen nicht lauter Begeisterung für den Anschluß an Deutschland besteht, ist auch in der Schweiz wohl bekannt.

Unter diesen Gesichtspunkten darf die Anschlußfrage ruhig erwogen werden. Die Nachteile haben wir schon hervorgehoben; manches, was der Vorarlberger Vertreter des großdeutschen Gedankens geschrieben hat, darf auch beherzigt werden. Kriegsschäden aller Art lasten schwer auf Vorarlberg. Sie sind es wohl auch, die dem Wunsch nach Eintritt in den Schweizerbund so große Kraft verliehen haben, daß die Industrie, deren Vertreter vorab aus wirtschaftlichen Erwägungen für den Anschluß an Großdeutschland sind, die Strömung nicht zu meistern vermochte. Begleitgeschenke des 23. Kantons, wie die Stärkung des Föderalismus, die Jesuiten, das Frauenstimmrecht, die je nach dem Standpunkt dem einen erwünscht, dem andern unerwünscht sein möchten, gehören in die zweite Linie. Maßgebend ist die Sicherung unserer mitteleuropäischen Stellung. Die Tatsache des ohne schweizerische Propaganda entspringenen Wunsches eines befreundeten Nachbarvölkchens, Schweizer zu werden, hat übrigens auch eine moralische Bedeutung, die zu verkennen uns schlecht ansteht.

Wie die Enklave Lichtenstein sich zu verhalten gedenkt, scheint noch nicht abgeklärt zu sein.

### Einer dritten Revolution entgegen?

W. München, 24. d. In Bayern geht jetzt scheinbar alles wieder seinen geordneten, ruhigen Gang. Aber nur scheinbar — unter einem stillen Wasserpiegel hämmert und pocht es unaufföhrlich. Mächte sind an der Arbeit, die mit allen Mitteln auf eine dritte Revolution hinführen. Derselbe Levi und derselbe Mühsam, welche das Hereinbrauen der Münchener Februarröhrren „prophezeit“ haben, bemühen sich in ihren Organen, „Münchener Rote Fahne“ und „Rain“ die Massen weiter aufzupeitschen. In zahllosen Versammlungen verkünden sie baldige weitere Erschütterungen des ohnedies schwer heimgeuckhten deutschen Volkes. Die Ereignisse in Ungarn finden freudigen Widerhall.

### Vorlagen an die deutschösterreichische Nationalversammlung

ag. Wien, 27. d. (W. K. B.) Im Hauptauschluß der Nationalversammlung berichtete Präsident Seih, daß ihm von der Regierung eine Reihe von Vorlagen zur Behandlung in der Nationalversammlung übermittelt worden seien, darunter ein Gesetz über die Aufhebung des Adels und gewisser Ehrentitel und Würden, betreffend Landesverweisung, Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, ein Gesetz betreffend Abschaffung der im Völkerecht nicht vorgesehenen Exterritorialität, ein Gesetz betreffend Aufhebung der Todesstrafe und eines über die Begnadigung russischer und finnischer Kriegsgefangener.

### Englisches Unterhaus

#### Das Wehr-Gesetz

ag. London, 27. d. (Reuter.) Das Unterhaus nahm die Artikel des Gesetzesentwurfes, die in der Kommission gebilligt worden waren, ohne Abänderungen an. Der Vorschlag, die Anwendung dieses Gesetzes ab 31. Dezember 1919 statt erst ab 30. April 1920 zu verfügen, wurde mit 282 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Ein jernerer Zusatzantrag, wodurch die Soldaten, auf die sich das Gesetz erstreckt, vom Dienste in Rußland ausgeschlossen sein sollen, wurde mit 281 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Churchill jagte bei der Abweisung dieses Antrages, daß die Regierung keineswegs die Absicht habe, mit Hilfe des obligatorischen Militärdienstes eine starke Armee für Rußland auszubilden. Die allgemeine Frage der in Rußland zu befolgenden Politik hängt nicht von der britischen Regierung ab. Diese Sache geht einen Völkerbund oder einen Bund der siegreichen Nationen an.

### Generalfreik in Spanien

ag. Barcelona, 27. d. In Valencia und Coruna ist ein Generalfreik ausgebrochen. In Sevilla ist er gescheitert. In Madrid streifen die Bauarbeiter, die Modistinnen und die Schneider. Die Arbeitersyndikate und die Mehrzahl der Zeitungsverleger von Madrid neigen dazu, die Blätter nicht erscheinen zu lassen.

### In Italien

#### Die Wahlen

ag. Mailand, 27. d. Die Zeitungen schreiben, daß der Ministerpräsident Paris vor Ende des Monats nicht verlassen könne. Das „Giornale d'Italia“ verkündet, daß die Kammer nicht vor dem 15. April eröffnet werden könne. Die Wahlen würden kaum vor der vollständigen Demobilisierung stattfinden; wenn der Friede nicht vor Ende Juni unterzeichnet werde, werde die Demobilisierung erst einige Monate später erfolgen, so daß die Wahlen erst im Oktober erledigt werden können.

### Soviet und Vatikan

ag. Mailand, 27. d. Die „Italia“ schreibt aus Rom: Die orthodoxe Geistlichkeit, die in ganz Rußland von der bolschewistischen Regierung verfolgt wurde, hat sich durch Vermittlung des vatikanischen Staatssekretärs, Kardinal Caspari, seinerzeit an den Papst gewandt, damit dieser interveniere, damit die Verfolgungen eingestellt würden. Kardinal Caspari fandte im Namen des Papstes am 12. März ein Radiotelegramm an die Regierung in Moskau. Der Volkskommissär für die auswärtigen Angelegenheiten, Tschichserin, beantwortete das Telegramm des Kardinals mit ironischen und lächerlichen Worten.

### Reorganisation der Zentralkstelle für Fremdenpolizei

#### (Mitgeteilt)

Auf der Zentralkstelle für Fremdenpolizei Bern vorgekommene Unregelmäßigkeiten haben zu einer polizeilichen Unterzuchung gegen verschiedene Kanzleibeamte geführt. Ueber das Ergebnis dieser Unterzuchung wird der Presse seinerzeit eine Mitteilung zugehen.

Diese Vorverhältnisse, sowie bedeutende Rückstände in der Behandlung von Einreisegeuckhen und eine gründliche Reorganisation des Betriebes der Zentralkstelle, verbunden mit dem Umzug in neue Büroräume, veranlassen uns, die Bureau der Zentralkstelle der Fremdenpolizei von Montag, den 31. März, an bis auf weiteres für Besucher gänzlich zu schließen. Man ert erucht, Anfragen an die Zentralkstelle über bereits eingereichte Einreisegeuckhe schriftlich (nicht telegraphisch) zu stellen. Telephonisch können solche Ansuchen nicht erteilt werden.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß Geuckhe um Bewilligung zur Einreise von dem im Ausland weilenden Ausländer in der zuständigen schweizerischen Gesandtschaft, bezw. dem schweizerischen Konsulat auf vorgeschriebenen Formularen eingereicht werden müssen. Diese Geuckhe werden durch diese Amtsstellen an die Zentralkstelle für Fremdenpolizei zur Entscheidung weitergeleitet. Geuckhesteller, die Einreisegeuckhe in Bern direkt einreichen, müssen auf dem ordentlichen Weg verwiesen werden.

Durch Vermehrung des Personals ist dafür gesorgt, daß die rückständigen Geuckhe innert kurzer Zeit erledigt werden können. Nach Aufarbeitung der Rückstände wird es der Zentralkstelle für Fremdenpolizei möglich sein, die zur Entscheidung einlaufenden Einreisegeuckhe annerzöglich zu behandeln. Bis dahin wird um Nachsicht gebeten.

Die Wiedereröffnung der Bureau für Besucher wird durch die Presse bekanntgegeben werden.

### Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich

#### (Mitgeteilt)

Die Verhandlungen, die in Paris zwischen der französischen Regierung und den schweizerischen Delegierten über die Erneuerung des schweizerisch-französischen Wirtschaftsabkommens vom 29. Dezember 1917 geführt wurden, sind zum Abschluß gelangt. Das neue Abkommen ist am 25. d. in Paris unterzeichnet worden, nachdem die bisherige Vereinbarung, die am 31. Oktober 1918 abließ und dann provisorisch für zwei Monate erneuert wurde, mit Beginn dieses Jahres außer Kraft getreten war. Infolge der komplizierten Verhältnisse, die im neuen Abkommen zu regeln waren, und angesichts der großen Probleme, durch welche die alliierten Regierungen zurzeit in Anspruch genommen sind, gestalteten sich die Verhandlungen schwierig und zeitraubend. Dank dem Entgegenkommen der französischen Regierung und den ausdauernden Bemühungen der schweizerischen Unterhändler ist es schließlich möglich geworden, eine befriedigende Lösung zu erzielen. Die Uebereinkunft unterliegt noch der Genehmigung durch den Bundesrat. Mitteilungen über ihren Inhalt werden nach erfolgter Genehmigung publiziert werden.

Die Frage der Revision von Artikel 100 des S. S. S.-Reglementes ist noch pendent. Eine Entscheidung wird indessen in kurzer Frist erwartet.

### Unsere Lebensmittelzufuhren

Zu unserer Meldung, daß im Hafen von Cetta noch ungefähr 63,000 Tonnen Lebensmittel für die Schweiz, hauptsächlich amerikanisches Brotgetreide u. dgl., des Abtransportes harren, erfahren wir noch, daß es bis jetzt nicht möglich gewesen ist, für diesen Abtransport täglich mehr als einen Eisenbahnzug nach der Schweiz einzuliegen. Da ein solcher Güterzug nur etwa 400—500 Tonnen befördert, kann man leicht ausrechnen, wie lange es dauern wird, bis diese 63,000 Tonnen ihren Bestimmungsort erreicht haben werden, wenn es nicht gelingt, ein intensiveres Tempo dieses Abtransportes zu erzielen.

### Eine fleischlose Woche

ag. Zürich, 27. d. Die Neutralitätskommission des Nationalrates beschloß auf Antrag des Ernährungsdirektors der Einführung einer fleischlosen Woche zugutimmen. Es sind die Tage von 11. bis 18. April in Aussicht genommen. Der Genuß von Konserven soll gestattet sein, in der Meinung, daß durch Höchstpreise einer Steigerung der Konservenpreise gesteuert werden soll. („Neue Zürcher Zeitung“.)

### Feuilleton

#### In 20,000 Meter höhe

Ein schweizerischer Ingenieur schreibt uns: In Nummer 107 Ihres geschätzten Blattes veröffentlichten Sie eine Notiz, nach welcher der bekannte Flugzeugkonstrukteur Bréguet in den nächsten Jahren in einer Höhe von 20,000 bis 25,000 Meter eine Flugzeugleistung von 500 Kilometern in der Stunde zu erhalten hofft. Es dürfte sich lohnen, diese Behauptung vom technischen Standpunkt aus etwas näher zu beleuchten:

Der Barometerstand in 20,000 Meter Höhe beträgt ca. 76 Millimeter gegen 760 Millimeter Quecksilbersäule auf Meereshöhe, d. h. das Flugzeug bewegt sich, technisch gesprochen, in einem 90-prozentigen Vacuum, also in einem Luftdruck von ein Zehntel Atmosphären. Die Temperatur in dieser Höhe ist im Mittel ca. —100° Celsius. Das Wasser siedet hier bei 45° Celsius, Maschinenöle erstarren.

Der Luftwiderstand des Flugzeuges nimmt proportional mit dem Barometerstand ab, und die Geschwindigkeit, um dasselbe in der Schwebelage zu halten, muß proportional der Quadratwurzel aus dem Quotienten der Barometerstände von 0 und 20,000 Meter Höhe zunehmen.

Ist somit das Flugzeug über Meeresebene bei einer Geschwindigkeit im Horizontalflug

von 160 Kilometern pro Stunde im Gleichgewicht, so fliegt es in 20,000 Meter Höhe in derselben Gleichgewichtslage mit einer Geschwindigkeit von 505 Kilometern in der Stunde, ohne daß eine größere Vortriebskraft des Propellers dazu notwendig wäre, als über dem Erdboden bei 160 Kilometern Geschwindigkeit. Nimmt man an, das Gesamtgewicht des Flugzeuges sei 1000 Kilogramm, so wäre für das bestmögliche Tragged eine Vortriebskraft von 55 Kilogramm am Propeller notwendig und eine Motorleistung in 20,000 Meter Höhe bei 505 Kilometern pro St. Geschwindigkeit von rund 140 PS effektiv notwendig. Da die Motorleistung dem Barometerstande proportional abnimmt, müßte somit der Motor dem Volumen nach derart gebaut sein, daß er im Tale zehnmal größer wäre, also über Meer 1400 PS leisten würde. Das Gewicht eines solchen Motors, zu 0,7 Kilogramm pro PS als äußerste Grenze angenommen, würde demnach ohne Brennstoff 980 Kilogramm betragen, und da die bis heute bestgebauten Flugzeuge von dieser Größe bei sechsfacher Sicherheit in bezug auf ihre Festigkeit ohne Motor, Brennstoff, Passagiere und Ausrüstung ungefähr die Hälfte ihres Gesamtgewichtes wiegen, also ca. 500 Kilogramm für unseren Fall, so ist es unmöglich, dieses Motorgewicht im Flugzeug vom Gesamtgewicht von 1000 Kilogramm unterzubringen, wobei noch nicht einmal Brennstoff, Ausrüstung und Passagiere berücksichtigt sind.

Um in der Höhe von 20,000 Metern zu fliegen, müßten die Passagiere in einer hermetisch verschlossenen Cabine untergebracht werden, welche mittels Compressor unter einen Luftdruck gebracht wird, bei welchem Menschen noch genügend Sauerstoff zum Atmen erhalten, und ebenso müßte diese Cabine mit den Auspendgasen des Motors geheizt werden, ebenso sämtliche Materialien, welche —100° Celsius nicht ertragen.

Um demnach das Ziel, in 20,000 Meter mit 500 Kilometern in der Stunde zu fliegen, zu erreichen, müßte man in erster Linie den Motor derart konstruieren, daß das Gewicht desselben inklusive Brennstoff 400 Kilogramm nicht überschreitet, was vielleicht dann möglich wäre, wenn derselbe mit einem Compressor versehen würde, welcher mit steigender Höhe den Zylindern die Luft vorkomprimiert zuführen würde, so daß dessen Leistung sich nicht verändern würde und somit über dem Erdboden sowohl als auch in 20,000 Meter Höhe seine 140 PS hergeben würde.

Dann könnte bei unveränderter Motorleistung das Flugzeug in 80 Minuten auf die 20,000 Meter Höhe ansteigen. Rechnet man damit, daß der besondern Ausführung und Ausrüstung wegen das Konstruktionsgewicht des Flugzeuges gegen normale Ausführungen schwerer würde, so ist, alles in allem gesprochen, noch ein weiter Weg zurückzulegen, bis das erreicht wird, was behauptet ist, abgesehen von den Zufälligkeiten, die das 90 Prozent Vakuum dem

Flugzeugführer bereiten kann, wenn er bei —100 Grad Celsius fliegen muß. A. B.

### Buchanzeigen

Die Weltallians. Ein Ueberblick über Nationalismus, Arbeit und Welthandel usw. Von John de Kay. Aus dem Original übertragen von Franziska, Gräfin von Reventlow. Verlag von Ernst Ruhn, Bern, Biel, Zürich. Der Verfasser dieses aktuellen Buches, ein geistvoller und vornehm gefinnter Amerikaner, wohnt seit einiger Zeit in der Schweiz und hat sich hier durch sein selbständiges und ungenügendes Auftreten für seine Ideale, für Völkerverbund und Versöhnung, bereits einen Namen gemacht. Im vorliegenden Buche lernen wir ihn auch als gedankenreichen, gewandten Schriftsteller und aufrechten Freund unseres Landes kennen, dem er in einer kurzen Vorrede, „An die Schweiz“, Worte herzlichster Anerkennung widmet. -ck-

Actenjammlung zur Geschichte der Berner Reformation 1521—1532. Herausgegeben von R. Stead und G. Tobler. Bern, R. J. Wyß.

Die dritte Lieferung (S. 161—240) enthält die Acten des Jahres 1525. Die Zeit wird immer „widerwärtiger“, da zu den religiösen Aufregungen sich die sozialen Forderungen der Bauern gesellen. Die Acten werden reichhaltiger und interessanter, und es deutlich erkennen, wie all diese Vorspitzentscheidenden Lösung entgegenzogen